

Magers weiße Flecke.

Beschwerden an die Minister.

Infolge der unerhörten Unterdrückungen, die sich Herr Staatsanwalt Mager in der heutigen Arbeiter-Zeitung geleistet hat, haben wir uns zu den nachfolgenden Beschwerden entschlossen, die den Herren Ministern bereits unterbreitet wurden:

Dem Herrn Justizminister.

Euer Excellenz unterbreiten wir eine Beschwerde gegen das Vorgehen des Herrn Staatsanwalts Dr. Mager.

Wir wollen davon nicht sprechen, wie dieser Funktionär von der Macht, die die Suspension der staatsbürgerlichen Rechte der Verwaltung in die Hände gibt, Gebrauch macht. Davon gibt ein deutliches Beispiel die Nummer der Arbeiter-Zeitung vom 2. Februar, in der von den acht Seiten Text, die sie aufweist, sieben von seinen Unterdrückungen betroffen worden sind. Daß er in der heutigen Nummer den Leitartikel zur Gänze unterdrückt hat, der sich mit den Bemerkungen des Herrn Gemeinsamen Finanzministers vom gestrigen Tage beschäftigte, und auch sonst drei andere Artikel unterdrückte, entspricht leider nur der gewohnten Regel dieses Herrn Staatsanwalts, daß darüber jede Klage nutzlos wäre. Es zeigt sich in diesen beharrlichen, immer nur noch umfanglicher und willkürlicher werdenden Unterdrückungen, daß alle Versprechungen der Herren Minister, der Zensur einigermaßen Grenzen vorzuschreiben, an dem Eifer des Herrn Staatsanwalts Mager zum Unterdrücken zu Schanden werden müssen. Aber das ist nicht das, weswegen wir Eure Excellenz um Gehör bitten müssen. Der Herr Dr. Mager hat in dem Blatte (auf Seite 5 und 6) auch eine ganz harmlose Schilderung des Schützengrabenkrieges in Frankreich unterdrückt, eine Schilderung, wie sie schon unzähligemal in den Blättern stand, und die wir nicht wegen der Neuheit der Sache, sondern nur wegen der Plakit der Darstellung bringen wollten. Nun ist folgendes zu beachten: Der Herr Staatsanwalt hat uns zu Beginn des Krieges ausdrücklich erklärt, daß Feldpostbriefe aus dem Kriege in Frankreich dem Kriegspresbüro nicht vorgelegt werden sollen, wenn sie in einem Blatte bereits erschienen sind und die Vorlegung des betreffenden Blattes genügt. Das war nun bei diesem Feld-

postbrief der Fall: er ist in den „Innsbrucker Nachrichten“ veröffentlicht gewesen, hatte demnach die deutsche Kriegszensur passiert, und das Original des Blattes hatten wir beigelegt. Es war also nicht der geringste Grund für die Unterdrückung vorhanden, und wenn sie dennoch erfolgte, so geschah es in vollem Widerspruch zu den Erklärungen, die uns der Herr Staatsanwalt gegeben hatte und an die sich zu halten seine Pflicht wäre; denn wo kommt man hin, wenn es dem Chef der Zensurstaatsanwaltschaft verstatet sein soll, sein ausdrückliches Wort nicht einzuhalten? Wir glauben nicht, daß der Herr Justizminister eine derartige Praxis bei den ihm unterstellten Organen als eine sachgemäße erachten wird.

Ueberblickt man aber das heutige Blatt, in dem fast zwei Seiten unterdrückt sind, und beobachtet das, was von dem Unterdrückungseifer des Staatsanwalts noch übrig blieb, so gewinnt man über die Motive, volle Klarheit: es ist augenscheinlich das Bedürfnis des Herrn Staatsanwalts Dr. Mager, in der Arbeiter-Zeitung ein so großes Quantum an unterdrückten Stellen herbeizuführen, als überhaupt möglich — denn die amtlichen Nachrichten können auch in der Arbeiter-Zeitung nicht unterdrückt werden. Um das Quantum in der heutigen Nummer groß zu machen, genügten eben die vier Unterdrückungen von politischen Auseinandersetzungen nicht, darum griff man zu der Unterdrückung des eine bloße Schilderung enthaltenden Feldpostbriefes, die, wie dargetan, im schroffsten Widerspruch zu der Richtschnur steht, die der Staatsanwalt für den Abdruck von reichsdeutschen Feldpostbriefen selbst aufgestellt hat.

Da nun ein derartiges Vorgehen dem Vertrauen, das den Erklärungen von Beamten entgegenzubringen ist, ernstlich zu widersprechen scheint, und da die der Arbeiter-Zeitung gegenüber geübte Praxis des Herrn Staatsanwalts Mager mit keinen höheren Notwendigkeiten mehr zu rechtfertigen ist, bitten wir Euer Excellenz, den Herrn Staatsanwalt wenigstens anzuweisen zu wollen, sich an das, was er mit deutlichen und bindenden Worten als Richtschnur aufstellt, doch selbst zu halten.

Dem Herrn Kriegsminister.

Euer Excellenz bitten wir, die nachfolgende Darstellung, wie die von dem Herrn Staatsanwalt Dr. Mager geübte Praxis den Interessen der Armee schädlich ist, zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Die Arbeiter-Zeitung wollte heute einen telegraphischen Bericht über eine Verhandlung vor dem Grazer Militärgericht veröffentlichen. Vor diesem Gericht hatte sich nämlich ein Feldwebel wegen der tätlichen Beleidigung von drei Soldaten zu verantworten. Das Kriegsgericht verurteilte ihn darob zu der exemplarischen Strafe von fünf Monaten Kerker. Es ist klar, daß es den Interessen der Armee nur förderlich sein kann, wenn der Bevölkerung von diesem Urteil Kenntnis gegeben wird. Denn daß sich in dem riesigen Organismus der Armee ein Feldwebel vergißt, wird und kann dem Ansehen der Armee bei keinem Vernünftigen schaden; wohl aber gereicht es der Armee zur hohen Ehre, daß diese Ausschreitung so ernst genommen und so nachdrücklich geahndet wurde. Gerade jetzt, wo so viele Nichtgediente einrücken, kann es die Zuversicht der Bevölkerung nur heben, wenn sie vernimmt, daß die Vorgesetzten mit größter Strenge darauf achten, daß die eingerückte Mannschaft anständig behandelt werde, und daß sie den Vereinzelt, die es an der nötigen Selbstbeherrschung fehlen lassen, mit Ernst an den Leib gehen. In der Verhandlung hat der als Militäranwalt fungierende Oberlieutenant-Auditor wahrhaft edle Worte gesprochen: es sei unerhört, erklärte er, daß sich ein Vorgesetzter soweit vergessen könne, Soldaten zu schlagen, die mit Freude ihrer Pflicht nachkommen und zu den Fahnen eilen, um ihr Leben für das Vaterland zu opfern. Das verdiene die strengste Bestrafung; in einem solchen Vorgehen liege auch eine große Gefahr, daß die Soldaten verbittert würden, und es leide auch die Ausbildung zum Kriegsdienst darunter, weil eine derartige Behandlung nur dazu angetan sei, die Leute zaghaft zu machen. Es ist wohl einleuchtend, daß die Bevölkerung, wenn sie hört, wie ernst den Vorgesetzten die anständige Behandlung der Eingrücken am Herzen liegt, nur Befriedigung und Beruhigung empfinden wird.

Und diesen Bericht — der, nebenbei bemerkt, in allen Grazer Blättern unbeanstandet erscheinen konnte — hat der Herr Staatsanwalt Mager mit Stumpf und Stiel ausgerottet! Einen Bericht, von dem die Kriegsverwaltung nur wünschen mußte, daß ihn die ganze Bevölkerung kennen lernt! Wir halten es für notwendig, Euer Excellenz auf diese unglaubliche Verkennung der Aufgaben der Zensur aufmerksam zu machen, weil es nach unserer Erfahrung ganz zweifellos ist, daß die Zensur, wie sie von dem Herrn Staatsanwalt Mager gehandhabt wird — wir weisen nur auf seine Unterdrückung einer die Kriegsverwaltung gleichfalls nur ehrenden Schilderung des Gefangenelagers in Reichenberg (am 2. Februar) hin — den wahren und wohlverwagten Interessen der Armee absolut schädlich ist.